

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in Kiosken erhältlich



Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

9. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 5. Januar 1933

Nummer 4

Ghleichler-Nazis in der Zange

Nazis gegen Durchführung der Winterhilfsanträge, gegen Aufhebung der Juni-Notverordnung und gegen Aufhebung der Margarine-Notverordnung. Reichstags-Einberufung am 24. Januar. Nur die Kommunisten organisieren den außerparlamentarischen Massenkampf für die Forderungen der Hungernden und Frierenden

Dresden, 5. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Politbüros des Reichstages entlarvten sich die Nazis erneut als Stützen der faschistischen Schleicherdiktatur. Mit allen Mitteln versuchten sie, die Hinausschiebung des Reichstags-Zusammentritts zu erreichen, um der Schleicherdiktatur eine weitere Frist zur ungehinderten Durchführung ihrer völkerverfeindlichen Maßnahmen zu verschaffen.

Genosse Lorgler beantragte im Namen der kommunistischen Fraktion Schnellste Einberufung des Reichstages auf den 8. Januar mit folgender Tagesordnung:

1. Erledigung der Winterhilfsanträge nach dem Beschluß des Haushaltsausschusses;
2. Aufhebung der Juni-Notverordnung entgegen dem Beschluß des Haushaltsausschusses;
3. Antrag der Kommunistischen Partei auf Aufhebung der Margarine-Notverordnung des Schleicherkabinetts;
4. Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen das Kabinett Schleicher.

Durch die schnelle Einberufung des Reichstages mit der von den Kommunisten geforderten Tagesordnung sollten die für das gesamte werktätige Volk brennenden Fragen des Kampfes gegen

die Verschlechterung seiner Existenz und gegen die faschistische Schleicherdiktatur erneut aufgerollt werden, was die Nazis unter allen Umständen verhindern wollten.

Bei der Abstimmung ergab sich, daß die Nazis im Verein mit dem Zentrum gegen die Einberufung des Reichstages auf den 8. Januar stimmten. Trotz längerer Auseinandersetzungen nannten die Nazis keinen anderen Termin. Auch als ihnen vorgehalten wurde, daß sie in der Presse den Sturz des Schleicherkabinetts fordern, während sie im Reichstagsrat die Einberufung des Reichstages sabotieren, wählten sie kein Wort zu erwidern. Am Dienstag noch schrieb der „Arbeiterkampf“ in stieliger Schlagzeile: „Post mit Schleicher!“ Mit solchen Phrasen wollen sie die Wirksamkeit ihrer Tolerierung des Schleicherkabinetts verschleiern.

Nachdem die Reichstags-Einberufung zum 9. Januar abgelehnt war, beantragte Genosse Lorgler die Einberufung auf den 12., dann auf den 17. Januar. Die Nationalsozialisten stimmten gegen alle diese Vorschläge und brachten damit zum Ausdruck, daß sie jeder Einberufung des Reichstages und jeder klaren Stellungnahme zur Schleicherregierung so lange wie möglich aus dem Wege gehen wollen.

Schließlich wurde ein Beschluß des Zentrums, den Reichstag zum 24. Januar einzuberufen, bei Stimmenthaltung der Nazis angenommen.

Ueber die Gründe der Haltung der KPD schreibt die „Germania“, das Zentralorgan des Zentrums, folgendes:

Der Verlauf der Reichstags-Sitzung bekräftigte, daß die KPD augenblicklich keinerlei Interesse an einem Zusammentritt des Reichstages hat, woran nicht zuletzt die Krisenentscheidungen innerhalb der Partei die Schuld tragen dürften. Jedenfalls hat man in den Kreisen um Hitler augenblicklich nicht den Mut, den Kampf mit der Regierung im Reichstag aufzunehmen.

Die „Germania“ hat insofern Unrecht, als sie sagt, daß Hitler augenblicklich nicht den Mut habe, den Kampf mit der Reichsregierung aufzunehmen. Die Nazis werden weiter wie bisher die Schleicherdiktatur tolerieren, sie werden keinen Kampf gegen die Schleicherdiktatur führen. Man spricht im Gegenteil davon, daß bereits neue Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und Schleicher stattgefunden haben und weiter stattfinden werden.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt, daß in der Regierung naheliegenden Kreisen „wieder mit auffälligem Optimismus über die Aussichten einer Annäherung zwischen der Reichsregierung und den Nationalsozialisten“ gesprochen wurde. Einige Berliner Zeitungen sprechen sogar von bevorstehenden Unterredungen zwischen Hitler selbst und Schleicher über die Frage der Tolerierung des Schleicherkabinetts durch die KPD.

Wenn die KPD im Reichstag offen Schleicher toleriert, werden die werktätigen und proletarischen Anhänger dieser gesauften Kapitalistenpartei den Rücken kehren. Wenn der Reichstag aufgelöst wird und Neuwahlen stattfinden, wird die Hitlerpartei infolge ihrer Verräterpolitik eine neue Niederlage bekommen. Jetzt ist Hitler dabei, im Lippischen Wahlkampf alles zu versuchen, um ein weiteres Abwandern von der KPD zu verhindern.

Die revolutionäre Arbeiterschaft darf die Nazis nicht aus der Zange herauslassen, in der sie sich befinden. Sie muß jedem werktätigen und proletarischen Nazianhänger die verräterische Tolerierungspolitik der KPD, wie sie sich auch wieder in der Sitzung des Reichstages gezeigt hat, klarmachen. Die proletarischen Elemente müssen von der KPD losgerissen und in die einheitliche kämpfende Front des Proletariats gegen Hunger und Frost, gegen Vorkraub und Lebensmittelverknappung, für die nationale und soziale Befreiung eingereicht werden!

Neue Opfer der Nazifeme!

SW-Mann von eigenen Kameraden erschossen. 18-jähriger SW-Mann verschwunden. Standartenführer gesteht den Fememord an Dentisch. Verkündet den Massenkampf gegen die Fememörder

Dresden, 5. Januar.

Der Dresdener Fememord bringt immer neue blutige Verstärker der Nazis an den Tag. So wird uns aus Detmold gemeldet:

Selt sieben Wochen ist der 18-jährige SW-Mann Herbert Krüd unter geheimnisvollen Umständen verschwunden. Krüd wurde zu einem Treffpunkt der SW bestellt, ist aber seitdem nicht mehr gesehen worden. Erst jetzt, nach dem bestialischen Detmolder Fememord, werden energische Nachforschungen angestellt.

Neuer Kameradenmord der SW

In Hildesheim im Harz erschoss der SW-Mann Willgerath im Streit seinen SW-Kameraden Bede. Bei der Verhaftung des Anwesenden wurden in der Wohnung große Waffen- und Munitionsbestände beschlagnahmt.

Fememord auch in Leipzig?

Unter Leipziger Bruderorgan, die Sächsische Arbeiter-Zeitung, veröffentlicht gestern folgende alarmierende Meldung:

„Wie wir erfahren, wurde am Montag früh durch ein Sanitätsauto ein uniformierter SW-Mann mit einer lebensgefährlichen Kopfschussverletzung in das Krankenhaus St. Jakob eingeliefert.“

Der SW-Mann, ein 18-jähriger Kaufmann, will sich den Kopfschuß in die Schlafkammer in einem Raum in der SW-Kaserne selbst beigebracht haben.

Wir sind gespannt, welche Darstellung dieser Fall in der Nazipresse erfahren wird. Hat der Mord an Dentisch hier auch Vorbilder ausgeübt und Hand der Angehörigen in irgendwelcher Verbindung damit? Wir werden jedenfalls nicht locker lassen an der Aufklärung dieses Falles.“

Mörder Standartenführer gesteht Mord an Dentisch

Am Sonnabend diskutierten eine Reihe Arbeiter und Gewerkschafter auf dem Volkshaus in Klotzsche über den Mord an Dentisch und brachten ihre ungeheure Empörung über die blutige Nazifeme zum Ausdruck. Der damalige Standartenführer der SA Klotzsche, Kothler, sagte es, dort zu erklären:

„Wenn ihr wüßtet, warum Dentisch um die Ecke gebracht wurde, dann würdet ihr eine andere Stellung einnehmen.“

In Zusammenhang damit sprach er noch von Waffenlagern der Nazis und anderen Dingen, die Dentisch wahrscheinlich gemacht habe und erklärte, daß er in diesem Falle genau so gehandelt hätte und Dentisch um die Ecke gebracht hätte.

Wie wir hören, soll Kothler wohl auf Veranlassung der Polizei verhaftet, aber wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Dieses janzliche Eingeständnis, daß bei den Nazis der Fememord sowieso übliche Gewohnheit ist, muß ein Alarmglocke für die Arbeiterschaft sein, denn nicht nur gegen die eigenen Kameraden richtet sich ihr Vorkraubwerk. Immer frecher und gewalttätiger treten sie gegen das revolutionäre Proletariat auf. Wiederholt wurde festgestellt, daß mit Nazis bis zum

Arbeitern von den braunen Korbbanditen gedroht wurde: „Wenn ihr frech werdet, geht es euch genau wie Dentisch“. Außerdem wurde offen gedroht, Streikbedingungen in die Dresdener Arbeiterkassette zu veranlassen. Wahrscheinlich soll schon der Mord an Dentisch der braunen Fememörder am Sonntag diesem Zweck dienen.

Die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein. Den Nazis, die es wagen, durch die Arbeiterkassette zu marschieren, muß die antifaschistische Massenaktion zeigen, daß die Arbeiter sich nicht wehrlös niederlagen lassen werden.

Nicht in allen Betrieben Protestbeschlüsse gegen den geplanten Naziaufmarsch! Vah! nicht zu, daß die Nazis in die Arbeiterkassette einbringen! Kämpft in roter Einheitsfront gegen den blutigen Nazifaschismus!

Das rote Berlin marschiert!

Unter den Fahnen der Kommunistischen Partei in kämpfender Einheitsfront vorwärts zum Sozialismus

Berlin, 5. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Heute marschierten die roten Kolonnen des roten Berlin zu einer wichtigen Massenkundgebung im Volkspark mit einer nie erlebten Wucht auf. In 15 riesigen Aufmärschen demonstrieren weit über 100.000 Arbeiter, Erwerbslose und Werktätige ihren Kampfwillen gegen die faschistische Diktatur, für die Zurückberufung der alten Löhne, für den Kampf gegen Hunger und Frost, für die Arbeiter- und Bauernrepublik.

Besonders zahlreich war die Beteiligung der kämpfenden Jugend in dem Aufmarsch. Mehrere tausend sozialdemokratische Arbeiter marschierten in den Zügen, um ihren Kampfwillen zur proletarischen Einheit zu dokumentieren. Vängst vor Beginn der Kundgebung war der Platz überfüllt, so daß die Züge mehrerer Unterbezirke nicht mehr auf den Platz kamen.

Zu Beginn der Kundgebung erhoben die Massen die Faust zum Schwur, das Wort zu vollenden, für das unsere Toten, vor allem Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, gefallen sind.

Dann hielt der Führer des Bezirks Berlin-Brandenburg der Partei, Genosse Florin, mit stürmischen Rot-Front-Rufen begrüßt, eine Ansprache, in der er ausführte:

„Wir richten an alle Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten die Aufforderung, mit uns die Einheitsfront zum Kampf gegen das kapitalistische System zu schließen. Wir wollen nicht ein Jahr weiterer proletarischer Verzweiflungskämpfe preisgeben, sondern wollen den

Kampf um jede kleinste Teilforderung, aber gleichzeitig den Durchbruch zum Sozialismus organisieren.

Die Drohung, unsere Partei verbieten zu wollen, ist eine Kriegserklärung der Herrschenden an alle kämpfenden Erwerbs-

losen und freisenden Arbeiter, an alle rebellierenden Bauern und Werktätigen, die den Kampf um ihre Lebensforderungen aufnehmen.

Wir rufen die Werktätigen in Stadt und Land zur Verteidigung ihrer Partei!

Wir rufen sie zur Einheitsfrontaktion.

Die Speicher und Halben aufgemacht für die Hungernden! Herunter mit den Mieten! Weg mit der Verknappung der Margarine durch Butterbeimischungszwang!

Es ist Zug und Trug, daß wir vor einem konjunkturellen Kollaps stehen. Ständig wächst die Erwerbslosenarmee. Aber zugleich drohen

neue Kriegsabenteuer.

Es gibt nur eine Rettung, nur einen Ausweg: den Sozialismus! Wir reichen allen Proletariern über die Grenzen hinweg die Bruderhand und sagen mit Marx, Liebknecht und Lenin: So muß Schluß gemacht werden mit der nationalen und sozialen Unterdrückung! Schließen wir noch fester die Front des Internationalismus unter Führung der Kommunistischen Internationale!

Massendemonstration in Bauen

In Bauen fand am 3. Januar eine große Demonstration gegen die Schleicherregierung, für Arbeit, Brot und Freiheit statt. 400 Arbeiter marschierten unter Abhängen revolutionärer Kampflieder durch die Straßen. Abschließend fand eine Kundgebung statt, an der 500 Proleten teilnahmen.